

Beschluss

**des 61. Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein
am 1. November 2008 in Lübeck-Travemünde**

Zukunftsprogramm für Schleswig-Holstein

Gliederung

	Seite
Präambel	3
I. Finanzen und Haushaltskonsolidierung	4
II. Familien, Frauen, Gesundheit und soziale Sicherheit	7
III. Bildung	14
IV. Wirtschaft, Infrastruktur und Tourismus	23
V. Umwelt	28
VI. Agrarpolitik	31
VII. Innere Sicherheit und Justiz	35

Präambel

Die CDU Schleswig-Holstein ist die Zukunftspartei im nördlichsten Bundesland. Die CDU hat in ihrer Regierungsverantwortung seit Mai 2005 unter Beweis gestellt, dass sie die für die Entwicklung unseres Landes wichtigsten Zukunftsthemen besetzt und wesentliche Entscheidungen dazu durchgesetzt hat. Für die CDU stehen dabei verbesserte Rahmenbedingungen für Familien und soziale Sicherheit, bessere Bildungschancen für die jungen Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, sich sicher fühlen durch eine starke Polizei, eine verbraucherfreundliche Energiepolitik und eine auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgerichtete Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt.

Voraussetzung für die bestmögliche Erfüllung dieser Zukunftsaufgaben sind gesunde Landesfinanzen, die es erlauben schnell und adäquat auf Krisen reagieren zu können. Zukunftsthema bleibt daher die Sicherstellung der Tragfähigkeit der Landesfinanzen.

Das vorliegende Zukunftsprogramm ist kein Landtagswahlprogramm. Daher greift es auch nicht alle politischen Themen auf. Aber dieses Programm setzt klare Schwerpunkte, die die CDU als die Zukunftsthemen für Schleswig-Holstein betrachtet.

Die CDU wird mit diesen Kernthemen bei den Wählerinnen und Wählern darum werben, Vertrauen zu sichern und neu zu gewinnen.

I. Finanzen und Haushaltskonsolidierung

Die Finanzlage unseres Landes beim Amtsantritt der CDU-geführten Regierung im April 2005 war dramatisch: Einer jährlichen Neuverschuldung von rund 1,7 Mrd. Euro standen gerade einmal 500 Mio. Euro eigenfinanzierte Investitionen gegenüber. Der angehäuften Schuldenberg war auf mehr als 21 Mrd. Euro angewachsen. Die aus den Schulden erwachsene Zinslast betrug zuletzt fast 900 Mio. Euro. Die steigenden Zinslasten der Vergangenheit fressen den finanziellen Spielraum auf.

Neuverschuldung gesenkt

Durch einen Dreiklang aus Sparen, Investieren und Reformieren haben wir die Wende geschafft. Das gesteckte Ziel, die Netto-Neuverschuldung innerhalb dieser Legislaturperiode zu halbieren, wurde bereits übertroffen: Inzwischen haben wir die Neuverschuldung um mehr als zwei Drittel reduziert und 2007 die niedrigste Neuverschuldung seit 1992 erreicht. Erstmals seit 1996 sind die neuen Schulden niedriger als die eigenfinanzierten Investitionen und Vermögenserträge. Wir steigern die Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Allein im Jahr 2010 werden gegenüber dem Regierungsantritt mehr als 150 Millionen Euro zusätzlich investiert – plus zwanzig Prozent. Mit den Einnahmen aus Steuern und Verwaltung decken wir die laufenden Ausgaben für Personal, Verwaltung, Investitionen und Zuwendungen. Der Haushalt des Landes wird bei der Aufstellung und im Vollzug den Vorgaben der Verfassung entsprechen. Das hat Rot-Grün in keinem einzigen Regierungsjahr geschafft!

Direkt nach der Regierungsübernahme haben wir, wie in unserem Wahlprogramm angekündigt, einen schonungslosen Kassensturz durchgeführt und eine ehrliche Eröffnungsbilanz aufgestellt. Wir mussten feststellen: Nach siebzehn Jahren sozialdemokratischer Finanzpolitik war die Haushaltssituation noch dramatischer als angenommen. Im Jahr der Regierungsübernahme mussten wir einen Nachtragsetat beschließen, um eine geordnete Haushaltswirtschaft zu ermöglichen. Seither haben wir die Neuverschuldung Jahr für Jahr kontinuierlich abgebaut. Diesen Weg wollen wir auch mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 und darüber hinaus fortsetzen.

Im Interesse kommender Generationen haben wir schmerzhaft Einschnitte vorgenommen – bei der Beamtenbesoldung, beim Kommunalen Finanzausgleich, bei der Personalausstat-

tung. Wir werden auch weiterhin alle Sachleistungen des Landes auf ihre nachweisbare Zukunftsorientierung hin überprüfen. Dort, wo diese Herausforderung nicht erfüllt wird, müssen wir Leistungen reduzieren. Zuschüsse und Zuwendungen aus dem Landeshaushalt können nur auf Vorhaben von landespolitischer Bedeutung konzentriert werden.

Die Nutzung des Instruments Öffentlich-Privater Partnerschaften, zum Beispiel im Straßenbau, leistet in den kommenden Jahren einen weiteren Beitrag zur spürbaren Entlastung der Steuer zahlenden Bevölkerung und sichert Investitionen und Fortschritt.

Ein konsequenter Konsolidierungskurs schafft die Voraussetzungen für zukunftsfähige Entscheidungen. So haben wir unser Bildungssystem durch ausgewogene Beschlüsse demographiefest gemacht und für 1.200 zusätzliche Lehrerstellen gesorgt. Wir wollen damit den Umfang und die Qualität des Schulunterrichtes für unsere Kinder heben. Durch den Rückgang der Schülerzahlen brauchen wir jedoch künftig weniger Lehrer. Die nicht mehr anfallenden Personalkosten fließen als Einsparung in den Landeshaushalt. Den anderen Teil investieren wir in unser Bildungssystem, um Angebote und Chancen weiter zu verbessern.

An unserem schon vor der letzten Landtagswahl angekündigten Ziel halten wir fest, schrittweise die Neuverschuldung zu reduzieren, um bis 2015 zu einem ausgeglichenen Etat zu gelangen.

Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern

Schleswig-Holstein hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt, dessen Vorschläge bundesweit beachtet wurden. Die Lösung der Altschuldenproblematik muss mit einem strikten Verbot von Neuverschuldung verbunden sein. Kern des Vorschlages ist ein Altschuldentilgungsfonds, durch den die Schulden der Länder und ihrer Kommunen in dem gleichen Zeitraum getilgt werden, in dem sie entstanden sind. Nur ein strikter Sparkurs mit dem Ziel eines ausgeglichenen Landeshaushaltes kann langfristig das Problem der Altschulden bewältigen.

Die Frage der Altschuldentilgung ist noch nicht entscheidungsreif. Wir halten an dem Instrument des Altschuldentilgungsfonds fest. Das strikte Verbot der Aufnahme neuer Schulden setzt wirkungsvolle Konsolidierungshilfen für die strukturell besonders benach-

teiligten Länder – zu denen unser Land gehört – voraus. Bisherige Angebote der Bundesregierung zur Zins- und gegebenenfalls Schuldentilgungshilfe lassen ein Neuverschuldungsverbot nicht zu.

Sparen und neue Herausforderungen bewältigen

Das strukturelle Defizit im Landeshaushalt muss auch in der kommenden Legislaturperiode durch konsequente und stetige Ausgabenbegrenzung weiter abgebaut werden. Notwendig ist eine strenge Ausgabendisziplin in allen Bereichen. Tabus gibt es für uns nicht. Dazu dürfen die Ausgaben in allen Jahren nur langsamer wachsen als die Einnahmen.

Die kontinuierliche Reduzierung von Personal in der Verwaltung durch Aufgabenverzicht und Verwaltungsmodernisierung sowie die Begrenzung von Zuweisungen und Zuschüssen sind dazu unabdingbare Voraussetzungen. Den Personalabbau in der Landesverwaltung wollen wir durch die Fortschreibung unseres Personalmanagementkonzepts weiter vorantreiben. Um mit dem Geld der Steuerzahler effektiv umzugehen, wollen wir den Stellenbestand reduzieren. Wir müssen die eingeführten Personalkostenbudgets noch intensiver nutzen. Mit ihnen binden wir die Verantwortlichen vor Ort und wecken den Ehrgeiz, mit den gedeckelten Mitteln die gesteckte Aufgabe optimal zu erfüllen.

Zugleich stellen sich uns neue Herausforderungen. Mehr bessere Bildung in Schule und Hochschule, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verbesserte Kinderbetreuung und der dringende Ausbau von Infrastruktur müssen bewältigt werden, wenn Schleswig-Holstein im Wettbewerb der Regionen nicht weiter zurückfallen will. Grundsätzlich gilt dabei: Neue Aufgaben müssen vorrangig durch Verzicht an anderer Stelle finanziert werden.

II. Familien, Frauen, Gesundheit und soziale Sicherheit

Familien

Flexible Kinderbetreuung

Neben dem bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesstätten ist unser Ziel eine flexible Kinderbetreuung durch sog. Backup-Plätze, Zusatzplätze für Notfälle sowie der stetige und flächenmäßige Ausbau von Betriebs-Kindertagesstätten und der Kindertagespflege. Kindertagesstätten in privater und freier Trägerschaft wollen wir unterstützen. Durch den Ausbau der Infrastruktur wird in Zukunft jede Familie frei entscheiden können, ob sie ihr Kind zu Hause selbst betreuen möchte, ob eine Tagesmutter, eine Krippe oder eine Kindertagesstätte diese verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen soll.

Beratung und Betreuung von Familien

Das Leben wird immer vielschichtiger. Daher setzt die CDU Schleswig-Holstein auf die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern sowie auf die Beratung aus „einer Hand“. Zudem werden wir den Fortbestand der Familienbildungsstätten sichern und an deren Weiterentwicklung mitwirken.

Frauen und Gleichstellung: Benachteiligungen abbauen – Gleiche Chancen schaffen!

Wir treten für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ein. Ziel unserer Politik ist, für Frauen, Männer, Mädchen und Jungen gleiche Chancen zu schaffen und Benachteiligungen in allen Bereichen abzubauen. Dazu gehören für uns gleiche Berufs- und Bildungschancen, Aufstiegsmöglichkeiten, Lohngerechtigkeit im Erwerbsleben, die Aufwertung der Familienarbeit und die bessere Vereinbarkeit von Familie, Erziehung und Beruf. Wir wollen und werden Frauen motivieren, Führungspositionen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung anzustreben und auf dem Weg dorthin unterstützen.

Dialog der Generationen

Die CDU Schleswig-Holstein will eine noch stärkere Begegnung und Kommunikation der Generationen untereinander. Dafür bieten Nachbarschaftszentren und Mehrgenerationenhäuser eine ideale Plattform, denn sie sind offene Tagestreffpunkte für Jung und Alt, in denen vielfältige Aktivitäten und Serviceangebote möglich sind. Wir sind für den Ausbau

solcher Treffpunkte sowie für den Fortbestand bestehender Einrichtungen. Projekte, in denen sich generationsübergreifend Menschen freiwillig engagieren, ergänzen dieses Angebot.

Gesundheit

Patientenorientierte Gesundheitsversorgung

Im schleswig-holsteinischen Gesundheitswesen werden medizinische und pflegerische Leistungen auf hohem Niveau und in großem Umfang erbracht. Diese sind keine genormten Industrieprodukte, sondern sind an der Individualität und am sozialen Umfeld des erkrankten Menschen ausgerichtet.

Die CDU Schleswig-Holstein will auch für die Zukunft eine patientennahe, zeitnahe und flächendeckende ambulante und stationäre medizinische, pflegerische, pharmazeutische und medizintechnische Versorgung gewährleisten.

Prävention für mehr Lebensqualität

In allen Lebens- und Arbeitsbereichen soll die Prävention als primärer und wohnortnaher Querschnittsbereich im Gesundheitswesen ausgebaut werden.

Wir wollen vermehrt Anreize für ein gesundheitsförderndes Verhalten schaffen. Prävention, Sport, Wellness und Tourismus sind dabei eng zu vernetzen. Die gesundheitliche Bedeutung des Sports ist eindeutig gegeben. Investitionen im präventiven Bereich sind eine dringend erforderliche Maßnahme, um das Gesundheitswesen langfristig finanzierbar zu machen.

Gesicherte Versorgung für alle Bürger

Wir wollen für unser Land eine ambulante und stationäre Grundversorgung sowie Rehabilitations-Maßnahmen vorhalten, die allen Bürgern zeitnah und flächendeckend zur Verfügung stehen.

Generationenprogramme schaffen

Kinderschutzprogramme wollen wir als ein übergreifendes gesundheitliches, soziales und gesellschaftliches Frühwarnsystem ausbauen.

Die demografische Entwicklung erfordert eine besondere Förderung der geriatrischen, gerontopsychiatrischen und palliativen Versorgung.

Freie Arzt- und Behandlungswahl

Zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens gehören die freie Arzt- und Behandlungswahl für alle Versicherten, auch in Pflegeeinrichtungen.

Schleswig-Holstein besitzt ein modernes Gesundheitswesen, das ganz wesentlich von seiner mittelständischen, selbständigen und freiberuflichen Struktur geprägt wird. Die vertraute Beziehung zwischen Gesundheitsberufen und Patient darf nicht durch Dritte (z.B. Kapitalgeber oder Krankenversicherer) gefährdet werden.

Wann immer möglich, ist die Versorgung durch freiberuflich tätige und persönlich verantwortliche Gesundheitsberufe zu fördern.

Universitätsklinikum mit Vollversorgung erhalten

Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein ist ein wichtiger Bestandteil der Krankenversorgung in Schleswig-Holstein. Durch die hervorragende Vernetzung von Forschung, Lehre und Betreuung der Patienten kann sichergestellt werden, dass die Patienten stets mit den neuesten Erkenntnissen behandelt werden können und so die bestmögliche Versorgung erzielt werden kann.

Verschiedene Fachdisziplinen unserer Universitätskliniken und die dort tätigen Mitarbeiter sind mitbestimmend in der deutschen, aber auch internationalen Forschung. Sie sind eingebunden in weltweite Netzwerke, durch die sie weltweit Zugang zu den neuesten Forschungs- und Therapieansätzen in Diagnostik und Therapie haben.

Mit der Reputation unserer Universitätskliniken gelingt es uns, international anerkannte Wissenschaftler für uns zu gewinnen. So stellen wir nicht nur sicher, dass die Erfahrungen hochkarätiger Wissenschaftler nach Schleswig-Holstein transportiert werden, wissenschaftliche Kooperationen über Ländergrenzen hinweg werden erleichtert. Alle diese Aufgaben können aber nur erfüllt werden, wenn die Universitätskliniken wirtschaftlich arbeiten. Die Verbindung zwischen guter medizinischer Versorgung und betriebswirtschaftlicher Führung soll die Kliniken überlebensfähig machen.

Gesundheitsberufe weiterentwickeln

Die Lehre, Aus- und Weiterbildung in Gesundheitsberufen ist zu stärken.

Wir wollen die Entwicklung innovativer Gesundheitsberufe für bedarfsgerechte Patientenbetreuung und -behandlung fördern.

Wirtschafts- und Arbeitsplatzfaktor Gesundheitswesen

Schleswig-Holstein bietet vielfältige Möglichkeiten für Unternehmen und Freiberufler in der Gesundheitsbranche. Viele Innovationen aus den Bereichen Medizintechnik, Pharmazie oder Zahnmedizin kommen aus Schleswig-Holstein.

Innovationen, unternehmerische Begeisterung und wirtschafts- wie finanzpolitische Maßnahmen durch die Landesregierung sind ein Garant für einen zukunftsweisenden, erfolgreichen und nachhaltigen Erfolg für die Industrie. Die Förderung dieses Wirtschaftszweiges stellt ein zentrales Ziel der CDU im Rahmen der Wirtschafts- und Gesundheitspolitik.

Durch den gezielten Ausbau werden neue Arbeitsplätze geschaffen, Förderungen in Forschung und Entwicklung werden die Zahl der Neuentwicklungen in diesen Segmenten über den Bundesdurchschnitt heben und so die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Gesundheit für unser Land ausweiten.

Wirtschaftliche und regional beständige Potenziale der mittelständischen und freiberuflichen Strukturen im Gesundheitswesen wollen wir erhalten und fördern, Ansiedelung von (mittelständischen) Betrieben der Gesundheitswirtschaft werden wir unterstützen.

Krankenhausfinanzierung modernisieren

Wir wollen Anreize für privatwirtschaftliche Krankenhäuser unterstützen und Krankenhausfinanzierungsmodelle unter Wahrung des öffentlichen Sicherstellungsauftrages schaffen.

Pflege

Auch aufgrund des Demografischen Wandels sind der Ausbau und die Qualität der Pflege das Zukunftsthema. Wir wollen erreichen, dass die Menschen so lange wie möglich selbst bestimmt in ihrem Zuhause bleiben können. Dafür ist ein differenziertes und passgenaues Hilfenetz vor Ort vor zu halten. Die Erarbeitung eigener kommunaler Pflegebedarfsplä-

ne wollen wir fördern. Wir werden in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt eine trägerunabhängige Pflegeberatungsstelle einrichten und mitfinanzieren.

Soziale Sicherheit

Soziale Sicherungssysteme der demografischen Entwicklung anpassen

Die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik Deutschland müssen der demografischen Entwicklung Rechnung tragen. In den einzelnen Zweigen der Sicherungssysteme ist hierfür ein unterschiedlich großer Anpassungsbedarf erforderlich.

Die sozialen Sicherungssysteme bedürfen einer weiterentwickelten Grundlage, die zu keiner einseitigen Belastung einer Generation führt, sondern zur Aufgabe der gesamten Gesellschaft wird. Über neue Wege zu diesem Ziel wollen wir mit den Menschen diskutieren. Wir werden das heutige Leistungsniveau nicht mehr halten können, wenn es keine private Vorsorge gibt oder die Gemeinschaft wieder Aufgaben im sozialen Bereich übernimmt.

Generationengerechtigkeit

Die CDU Schleswig-Holstein steht für den Zusammenhalt und Ausgleich der Generationen. Dazu gehört auch, dass wir die Lasten für zukünftige Generationen im Landeshaushalt abbilden und deutlich machen, welche Folgen politische Entscheidungen auf die Generationengerechtigkeit der Zukunft hat. In jeder Legislaturperiode werden wir eine Generationenbilanz vorlegen.

Barrierefreies Leben

Unser Ziel ist ein barrierefreies Leben. Die Erreichung dieses Ziels im Alltag und in den Köpfen steht für alle Menschen und Lebensbereiche und ist nicht nur auf Menschen mit Behinderung begrenzt. Wir stehen für eine gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen jeden Alters und werden einen Aktionsplan "Barrierefreies Schleswig-Holstein" erarbeiten.

Altersgerechtes Wohnen/ Energetische Sanierung des Wohnungsbestandes

Die CDU Schleswig-Holstein steht für die Sanierung des vorhandenen Immobilienbestandes sowie für die Umrüstung des vorhandenen Bestandes in altersgerechte und barrierefreie Wohnungen. Dabei werden wir bei weiterhin steigenden Energiekosten einen

Schwerpunkt auf die energetische Sanierung des Altbestandes legen. Eine verpflichtende Zwangssanierung lehnt die CDU ab.

Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft werden wir entsprechende Förderungsinstrumente weiterentwickeln. Dabei wollen wir erreichen, dass alle Anbieter von Wohnraum auf gleicher Augenhöhe gefördert werden.

Integration

Die CDU steht für ein weltoffenes Schleswig-Holstein, setzt sich für ein friedliches Zusammenleben von Deutschen und Menschen ausländischer Herkunft ein und lehnt jegliche Form von Ausgrenzung und Diskriminierung ab. Die Kenntnis der deutschen Sprache ist Voraussetzung für eine Teilhabe am staatlichen und gesellschaftlichen Leben und eine für beide Seiten erfolgreiche Integration. Die Bereitschaft, unsere Sprache zu erlernen, erwarten wir. Die Wahrung der jeweiligen kulturellen und religiösen Identität findet unseren Respekt und unsere Anerkennung. Die Rahmenbedingungen zur Verbesserung der Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen und die Verbesserung der schulischen und beruflichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund werden wir vordringlich vorantreiben.

Verantwortung für sich und andere übernehmen

Die CDU Schleswig-Holstein vertraut auf die Fähigkeit und die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Aufgabe der Politik muss sein, die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger zu fördern, Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen und – wo immer es erforderlich ist – Hilfe zur Selbsthilfe zu bieten.

Ehrenamtliches Engagement

Das bürgerschaftliche Engagement ist für unsere Gemeinschaft und unser Land unverzichtbar. Wir begrüßen Angebote von Unternehmen, die ihren Teil der Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen wollen. Wir werden neben der ideellen und im Rahmen des Haushalts möglichen finanziellen Unterstützung uns dafür einsetzen, dass die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich Tätige künftig wieder weitgehend steuer- und sozialversicherungsfrei sind. Gleichfalls wollen wir durch das Heraufsetzen der Steuerfreigren-

zen für Vereine und der jährlichen Übungsleiterpauschale die ehrenamtlich Tätigen in größerem Umfang unterstützen.

Den Ausbau der Ehrenamtsmessen und der Ehrenamtsbüros wollen wir fördern und darüber hinaus durch gezielte Fortbildungs- und Mentorenangebote durch Modell- und Forschungsprojekte weiterentwickeln. Gemeinsam mit privaten und öffentlichen Partnern wollen wir ein "Anreizsystem Ehrenamt" entwickeln, das ehrenamtlich Tätigen die Chance bietet, als persönlichen Mehrwert Vergünstigungen bei Leistungen zu erhalten.

III. Bildung

Frühkindliche Förderung

Bildung früher fördern

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Unseren Kindern soll durch ein Konzept, das Bildung, Erziehung und Betreuung miteinander verbindet, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Dieses stellt für uns einen wichtigen Baustein auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit dar. Unser Ziel ist der Ausbau der ganzheitlichen frühkindlichen Bildung in den Kindertageseinrichtungen auch für unter Dreijährige. Wir wollen die Eltern von Kosten für Bildung und Betreuung entlasten. Als ersten Schritt gestalten wir ab 2009 das letzte Kindergartenjahr vor Schulbeginn elternbeitragsfrei. Ziel ist eine vollständige Beitragsfreiheit.

Pädagogische Fachkräfte

Die CDU steht für eine Stärkung der pädagogischen Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher in Einrichtungen zur Betreuung von (Klein)Kindern. Mit einem gezielten Programm wollen wir das Berufsfeld der Erzieherinnen und Erzieher in der Gesellschaft aufwerten und insbesondere für männliche Jugendliche attraktiver machen.

Bewegung in Kindertagesstätten

In den Kindertagesstätten sollte in allen Jahrgängen eine intensive Bewegungsförderung durch tägliche Bewegungszeiten sichergestellt werden. Dies ist für die körperliche und motorische Entwicklung, aber auch für andere Bereiche (sprachliche, geistige und seelische Entwicklung) von größter Bedeutung. Erzieher und Erzieherinnen sind gezielt auf diese Aufgaben im Rahmen ihrer Ausbildung vorzubereiten.

Schule

Qualitative Verbesserung von Bildung und Erziehung

Um die Qualität von Bildung und Erziehung zu steigern, ist es einerseits nötig, die Schulträger an der Weiterentwicklung der Schulen zu beteiligen, andererseits muss das Land seiner ihm von der Verfassung aufgetragenen Verantwortung gerecht werden. Neben ei-

ner Ausweitung und Qualitätssteigerung der Lehrerfortbildung bedarf es einer sachlichen und personellen Ausstattung der Schulen, die ihren inhaltlichen Ansprüchen entspricht. Dafür müssen die Vorgaben des Schulbauregelprogramms den Anforderungen der Pädagogik gemäß verändert und umgesetzt und die Versorgung mit Lehrkräften den Stundentafeln entsprechend sichergestellt werden.

Chancen der Kontingentsstundentafel nutzen

Die Chancen der Kontingentsstundentafel für die pädagogische Entwicklung und für die Profilbildung der Schulen müssen genutzt werden. Die Kontingentsstundentafel darf nicht den Eindruck erwecken, einen fächerspezifischen Mangel verdecken zu sollen. Die räumlichen, personellen und administrativen Voraussetzungen sind zu verbessern, damit die gegebenen Chancen genutzt werden können. Es ist anders als bisher sicher zu stellen, dass Regional- und Gemeinschaftsschulen bei den entsprechenden Jahrgangsstufen und Fächern die gleichen Kontingentsstundentafeln erhalten.

Lehrkräfte exzellent ausbilden und laufend fortbilden

Eine gute Lehrerausbildung ist unabdingbare Voraussetzung für guten Unterricht. Deshalb müssen die Veränderungen der letzten Jahre in der Referendarausbildung gründlich überprüft und Fehlentwicklungen korrigiert werden. Es muss sichergestellt werden, dass die Lehrkräfte durch qualifizierte fachwissenschaftliche, fachliche und pädagogische Fort- und Weiterbildung ihre Qualifikation auch nach Jahrzehnten erhalten und verbessern. Fortbildung muss einerseits verbindlich für alle Lehrkräfte gemacht werden, andererseits als Teil ihres Dienstes anerkannt werden. Erfolgreiche Fortbildung muss ein Kriterium für die Beförderung von Lehrern werden. Für die Fortbildung sind verstärkt die unterrichtsfreien Schulferien zu nutzen. Das IQSH muss die dafür notwendigen finanziellen Mittel erhalten.

Arbeitsbedingungen der Lehrer

Lehrer sollen unterrichten. Neben der Aus- und Fortbildung sind die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte ein wesentlicher Faktor für die Sicherung der Qualität von Unterricht. Die Belastung durch unterrichtsfremde und teilweise überflüssige Verwaltungsaufgaben muss vermindert werden, in manchen Bereichen muss dafür zusätzliches technisches oder administratives Personal an den Schulen oder in der Schulverwaltung bereitgestellt werden, um zusätzlichen Raum für die Verbesserung der Unterrichtssituation zu schaffen. Freiwerdendes Personal in anderen Verwaltungsbereichen soll in den Schulen eingesetzt werden,

um die Lehrer von Verwaltungsaufgaben zu entlasten. Neue Aufgaben dürfen grundsätzlich nur nach sorgfältiger Folgenabschätzung den Schulen übertragen werden, wobei die entsprechenden personellen und zeitlichen Ressourcen bereitzustellen sind. Die Bemessung der Arbeitszeit ist den tatsächlichen Belastungen und die Bezahlung der erbrachten Leistung besser als bisher anzupassen.

Die Schulverwaltung muss auf allen Ebenen personell so ausgestattet werden, dass sie sowohl ihre Aufsichtspflichten, als auch ihre Beratungs- und Unterstützungsaufgaben erfüllen kann.

Ganztagsschule

Angesichts der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen muss an allen Schularten in zumutbarer Entfernung ein echtes Ganztagsangebot vorhanden sein, das über die bloße Verwahrung der Kinder nach Unterrichtschluss hinausgeht. Die Bevorzugung einzelner Schularten aus durchsichtigen politischen Gründen – die Gemeinschaftsschule ist grundsätzlich, die Regionalschule kann Ganztagschule sein, die Gymnasien erhalten keinerlei Förderung – muss beendet werden.

Neuerungen wie die Einführung von Ganztagschulen können nicht ohne pädagogisches Konzept und ausschließlich zu Lasten der Lehrerinnen und Lehrer oder ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeführt werden. Sie müssen vielmehr sorgfältig konzeptionell vorbereitet und durch entsprechende materielle und personelle Zuweisungen abgesichert werden. Das Land kann die damit verbundenen Aufwendungen nicht ausschließlich den kommunalen Schulträgern überlassen.

Die Richtlinien für die materiellen Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen sind im Lichte der neuen Aufgaben und der längeren Verweildauer der Lehrerinnen und Lehrer in der Schule zu überprüfen.

Die Beruflichen Schulen müssen moderne Lernbedingungen für die Schülerinnen und Schüler und attraktive Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte bieten und deswegen laufend erneuert werden. Dabei soll dem Ganztagsbetrieb der Beruflichen Schulen mit der Einrichtung von Cafeterien/Mensen/Büchereien etc. Rechnung getragen werden. Um regionale Besonderheiten in die Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen einbeziehen zu

können, ist ihre Eigenständigkeit weiter auszubauen. Auch sollen die Weiterbildungsangebote in Ergänzung zu den bestehenden Angeboten in der Region ausgeweitet werden.

Schulen weiterentwickeln

Die Qualität schulspezifischer Bildung in den bestehenden Schularten (Gymnasium, Regionalschule und Gemeinschaftsschule) muss in den nächsten Jahren extern und intern unter Einbeziehung der Vergleichsarbeiten evaluiert werden. Die Ergebnisse dieser Evaluation müssen die Grundlage der weiteren Schulentwicklung sein.

Der Bildungsübergang von der Regionalschule in die gymnasiale Oberstufe bzw. in die beruflichen Schulen ist reibungsloser zu gestalten.

Privatschulen

Die CDU Schleswig-Holstein misst den Schulen in freier Trägerschaft eine hohe Bedeutung zu. Wir verstehen unsere Privatschulen nicht als Konkurrenz zu den staatlichen Schulen, sondern sehen in ihnen eine Bereicherung des Bildungsangebotes in unserem Lande.

Deshalb werden wir uns auch in Zukunft für ihre Unterstützung und Förderung einsetzen.

Die CDU Schleswig-Holstein tritt für ein überarbeitetes Finanzhilfesystem ein, das die schrittweise Anhebung des Fördersatzes von 80 auf 85% (bzw. von 50 auf 55%) garantiert.

So verbessern wir die Planungssicherheit für die Schulen und schaffen Bedarfsgerechtigkeit und Transparenz.

Hochbegabtenförderung

Das Prinzip der individuellen Förderung umfasst für die CDU Schleswig-Holstein auch die Förderung von hochbegabten Kindern, denn jedes Kind hat ein Recht darauf, seinen Begabungen entsprechend gefördert zu werden.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass im gesamten Land „Hochbegabtenklassen“ und „Kompetenzzentren zur Hochbegabtenförderung“ schrittweise eingeführt werden. Einhergehen müssen diese Maßnahmen mit der entsprechenden Aus- und Fortbildung unseres Lehrpersonals. An jeder Grundschule muss es – ähnlich wie bei der Legasthenieförderung – eine speziell ausgebildete Diagnostik-Fachkraft für Hochbegabung geben.

Um eine Hochbegabung feststellen zu können, ist jedoch Voraussetzung, das wissenschaftlich anerkannte Verfahren eines normierten Intelligenztestes auch in Schleswig-

Holstein endlich anzuerkennen. Zudem ist die Festschreibung der Hochbegabtenförderung in unserem Schulgesetz ebenfalls lange überfällig.

Berufsausbildung für alle

Junge Menschen brauchen Lebenschancen und die Wirtschaft braucht gut ausgebildete Nachwuchskräfte. Um die Ausbildungsreife der Schulabgänger sicherzustellen und allen jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen, muss die Berufsorientierung in Klasse 7 beginnen und konzeptionell verbessert werden. Darüber hinaus müssen die allgemein bildenden und die berufsbildenden Schulen systematisch zusammenarbeiten. Von der Möglichkeit der Teilqualifizierung und der gestuften Ausbildung soll stärker Gebrauch gemacht werden. Mit mehr individueller Betreuung und Förderung soll der Anteil der Berufsausbildungsabbrecher deutlich gesenkt werden. Hierzu müssen die Schulsozialarbeit an den allgemeinbildenden und den Beruflichen Schulen ausgebaut und die Sprachförderung für Migranten durch Sprachkurse an den Schulen erweitert werden. Die bewährten Ausbildungsgänge an den Berufsfachschulen sollen bedarfsgerecht ausgebaut werden.

Fit machen für Europa

In den Beruflichen Schulen müssen die Schülerinnen und Schüler letztlich für den europäischen Arbeitsmarkt fit gemacht werden. Dazu gehören sowohl mehr bilinguale Unterrichtsangebote als auch die Ausweitung des Lehrlingsaustausches und der Zahl der Auslandspraktika. Darüber hinaus sollen mehr grenzüberschreitende Bildungsgänge (z.B. mit DK) entwickelt, ein Auslandsaufenthalt in den Vorbereitungsdienst der Lehrkräfte an Beruflichen Schulen eingebaut und eine zentrale Beratungsstelle für EU-Förderanträge geschaffen werden.

Lebenslanges Lernen ist wichtiger denn je

Um das lebenslange Lernen zu fördern, müssen Aus-, Fort- und Weiterbildung besser verzahnt, die Fachschulangebote erweitert und das Nachholen von Berufsabschlüssen stärker als bisher ermöglicht werden. Dazu gehört auch, die Anschlüsse zu verbessern und erworbene Vorkenntnisse und Kompetenzen systematisch anzurechnen und so den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte zu ermöglichen. Das erfolgreiche triale Modell (Betrieb-Berufsschule-Hochschule) soll ausgebaut und auf weitere geeignete Ausbildungsberufe übertragen werden. Auch soll die Doppelqualifizierung Abitur plus Berufsausbildung in vier Jahren in dafür geeigneten Berufen eingeführt werden.

Medienkompetenz von Eltern, Lehrern und Schülern erhöhen

Die technischen Entwicklungen insbesondere in elektronischen Medien wie beispielsweise dem Internet bringen nicht nur neue Nutzungsmöglichkeiten mit sich, sondern erfordern zugleich einen sensiblen und verantwortungsbewussten Umgang. Insbesondere Kinder und Jugendliche gilt es auf ihren Weg in die Informationsgesellschaft zu begleiten und ihnen das nötige Wissen und Hilfsmittel an die Hand zu geben, Informationen und Medien richtig zu bewältigen und zu bewerten.

Die CDU ist sich dieser wichtigen Gestaltungsrolle bewusst und setzt sich für eine möglichst frühe medienpädagogische Förderung ein. Die Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern ist in allen Schulformen gezielt zu fördern. Eltern und Lehrer dürfen dabei nicht auf sich selbst gestellt bleiben und von Jugendlichen, die die Techniken sicherer beherrschen, abgehängt werden. Die CDU wird sich für geeignete Formen zur Information und Schulung von Eltern einsetzen. Insbesondere bislang traditionelle Formen der Kompetenzvermittlung wie Offene Kanäle oder Inhalte der Lehrerfortbildung sind zu überprüfen, zu optimieren und eventuell neu auszurichten.

Für alle Medien – ob in elektronischer oder gedruckter Form - sind einheitliche Jugendschutzstandards zu definieren. Jugendschutz in den Medien wird durch die weiter fortschreitende technische Entwicklung eine ständige Aufgabe bleiben, zu der sich die CDU bekennt.

Hochschule

Wissenschaft von heute ist die Wirtschaft von morgen

Die CDU investiert in die wertvollste Ressource, die wir haben: die Innovationskraft von Wissenschaft und Wirtschaft. Wir sorgen dafür, dass der Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein bundesweit mehr Strahlkraft entfaltet.

Wissenschaft sucht neue Erkenntnisse für Innovation und Nachhaltigkeit. Wesentliches Element ist die Grundlagenforschung als Ausgangspunkt für Innovationen und eine nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Um diese Entwicklung nachhaltig zu stärken, sind die Rahmenbedingungen für die Forschung sicherzustellen.

International wettbewerbsfähige Hochschulen

Die Hochschulen der Länder müssen international wettbewerbsfähig sein. Sie stehen in immer größer werdender Konkurrenz um die besten Forscher, die besten Nachwuchswissenschaftler und die besten Studenten. Die CDU Schleswig-Holsteins wird sich dafür einsetzen, die Hochschulen des Landes bei der Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen zu unterstützen. Es gilt, das Wissenschaftssystem durch mehr Wettbewerb, größere Freiräume, moderne Kooperation und mehr private Finanzierung für das 21. Jahrhundert stark zu machen. Wir setzen daher auf größtmögliche Personalautonomie, Finanzautonomie und Organisationsautonomie.

Die einzelnen Hochschulstandorte sollten jeweils ihr eigenes spezifisches Profil weiter entwickeln, sich ergänzend aufeinander abstimmen und eng miteinander vernetzen. Ziel sollte nach wie vor die Bildung einer Landesuniversität sein. Dieser Prozess muss gemeinsam mit den Hochschulen und dem Universitätsrat entwickelt werden.

Die Hochschulen werden sich weiter zu unternehmerisch tätigen Dienstleistungszentren für Bildung und Wissenschaft, Ausbildung und Forschung sowie lebenslanges Lernen entwickeln. Damit erschließen sich für die Hochschulen auf der einen Seite zusätzliche Einnahmequellen, wie Fundraising, Leistungen des Technologietransfers und weitere unternehmensbezogene Dienstleistungen, sie erweitern zugleich aber auch ihr Aufgabenspektrum für Unternehmen, Verwaltungen, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen sowie - nicht zuletzt - früheren Absolventen und an wissenschaftlicher Qualifizierung Interessierten.

Maßvolle Studienbeiträge

Eine exzellente Lehre sowie die Betreuung der Studierenden sind unbedingt sicherzustellen. Ein geeignetes Instrumentarium sind Studienbeiträge. Die Hochschulen benötigen diese zusätzlichen Mittel. Gut ausgebildete Studierende sind für die Wirtschaft und die Wissenschaft existenzielle Voraussetzung.

Die CDU Schleswig-Holstein spricht sich daher für Studienbeiträgen aus, wie sie auch in anderen unionsgeführten Bundesländern erhoben werden. Dabei ist die Verwendung der Studienbeiträgen für die Lehre gesetzlich festzuschreiben.

Attraktive Arbeitsbedingung für Professoren und Spitzenwissenschaftler schaffen

Nur bei attraktiven Arbeitsbedingungen kann es gelingen Spitzenwissenschaftler zu gewinnen. Hierzu zählt insbesondere die Möglichkeit, die Besoldung flexibel zu gestalten. Die Hochschulen müssen über diese Frage selbst entscheiden, ohne an einen Vergaberahmen gebunden zu sein.

Zu attraktiven Arbeitsbedingungen gehört auch eine verlässliche Finanzierung der Hochschulen, ausfinanzierte Stellen und die Möglichkeit, aus dem Globalhaushalt in eigener Verantwortung Stellen zu schaffen.

Exzellente Forschung

Die CDU setzt sich für die Fortsetzung der Exzellenzinitiative (Graduiertenschulen, Exzellenzcluster, Zukunftskonzepte zum Ausbau universitärer Spitzenforschung – Eliteuniversitäten) ein.

Wir unterstützen hierbei die Hochschulen bei neuen Anträgen und die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel bei Ihrer Bewerbung als Eliteuniversität. Hierzu wird im Landeshaushalt ein spezieller „Elitefonds“ bereitgestellt.

Kultur

Die Kultur charakterisiert unser Land und ermöglicht den Bürgern die Identifikation mit ihrer Heimat in ihren unterschiedlichsten Formen. Theater, Museen, Literatur, Musik und bildende Kunst gestaltend zu fördern, ist Verfassungsauftrag und bleibt eine herausragende Aufgabe des Landes und der Kommunen.

Die Theater und die Landesmuseen genießen Aufmerksamkeit über die Landesgrenzen hinaus. Sie sollen sich in verlässlichen Rahmenbedingungen weiter entwickeln können. Bei ihrer Finanzierung werden weiter auch neue Wege in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, Mäzenen und Sponsoren gesucht.

Die Pflege der Kulturtraditionen der Ost- und Westpreußen, Schlesier, Pommern, Ostbrandenburger, Danziger und Sudetendeutschen sowie der Aussiedler ist für die CDU Schleswig-Holstein ein wichtiges Anliegen, für die wir uns einsetzen. Flucht und Vertreibung gehören als verbindliches Unterrichtsthema in die allgemeinbildenden Schulen. Allen

Minderheiten und Volksgruppen Schleswig-Holsteins gehört unsere Unterstützung in ihrem Bemühen, ihre Identität zu wahren und zu leben. Neben dem Dänischen gehören besonders das Friesische und das Niederdeutsche zur kulturellen Vielfalt Schleswig-Holsteins.

Wir bekennen uns auch zu dem Auftrag der Denkmalpflege und zur Erhaltung unserer Baudenkmäler, der Gärten und Parks als lebendige Zeugen unserer Vergangenheit und Gegenwart. Das Schleswig-Holstein-Musik-Festival ist von internationaler Bedeutung und wird weiter entwickelt und gefördert. Ergänzt wird es durch ein schleswig-holsteinisches Literaturfestival.

IV. Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Energie

Mittelstand im Mittelpunkt

Die CDU Schleswig-Holstein setzt auf den Mittelstand: Wir werden uns auf Bundesebene für die Entlastung der Unternehmen durch eine Vereinfachung des Steuerrechts sowie für die Senkung der Lohnzusatzkosten durch stärkere Steuerfinanzierung und eine höhere Eigenverantwortung in den Sozialversicherungssystemen einsetzen. Durch eine weitere Deregulierung des Arbeitsmarktes und Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung schaffen wir Spielräume für zusätzliche Arbeitsplätze.

Wir wollen die Stärken des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein gezielt weiterentwickeln und Kompetenzkerne unterstützen. Daneben gilt es aber auch, die wirtschaftliche Entwicklung des Mittelstandes und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Fläche sicherzustellen. Gute Ideen müssen in Schleswig-Holstein unabhängig von ihrem Standort eine Chance haben. Die einzelbetriebliche Förderung, die in den letzten Jahren für erhebliche Impulse bei Neuansiedlungen und Arbeitsplätzen gesorgt hat, ist gerade vor dem Hintergrund der angespannten Finanzmärkte ein wichtiges Instrument.

Unternehmen entlasten, weniger Reglementierung

Die Entlastung der Unternehmen von Bürokratiekosten muss konsequent vorangetrieben, die Staatsquote weiter reduziert werden, um Freiräume für die Wirtschaft zu schaffen. Hierzu wollen wir auch verstärkt öffentlich-private Partnerschaften nicht nur im Baubereich nutzen. Gesetzliche Regelungen wie ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn, die die Tarifautonomie einschränken, lehnen wir ab. Wir unterstützen ein gesetzliches Verbot sittenwidriger Niedriglöhne und setzen auf die soziale Verantwortung der Tarifpartner. Kombilöhne sind ein richtiger Weg, um gerade gering qualifizierten Menschen den Weg auf den Arbeitsmarkt zu ebnen. Die Einkommenssituation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll durch verbesserte freiwillige Möglichkeiten der Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen gestärkt werden.

Innovation und Technologietransfer

Schleswig-Holstein ist das Wissenschafts- und Wirtschaftsland: Die CDU Schleswig-Holstein wird sich weiter dafür einsetzen, dass am Standort Schleswig-Holstein durch gezielte Förderpolitik Innovationen und Technologietransfer genutzt werden. Chancen zur

Schaffung neuer Arbeitsplätze bieten sich insbesondere in der Energietechnologie, der Gesundheits- und Ernährungswirtschaft, der Medizintechnik, der I+K-Technologie oder der maritimen Technologien. Auch den wichtigen Standortfaktor der Breitbandversorgung für schnelle Kommunikationsmöglichkeiten der Unternehmen wollen wir in Schleswig-Holstein weiter ausbauen.

Wir streben eine weltweite Spitzenposition in der Zahl der Patente in der Medizintechnik und Meerestechnik an.

Standortmarketing für Schleswig-Holstein

Neben der konsequenten Ausrichtung unserer Förderprogramme auf Forschung und Entwicklung sowie auf die Bedürfnisse wachstumsorientierter mittelständischer Betriebe und die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen werden wir durch ein offensives Standortmarketing die Ansiedlung neuer Betriebe und Unternehmen in Schleswig-Holstein unterstützen.

Wissenschaft und Qualifizierung ausbauen

Um Zukunftschancen zu nutzen, wird sich die CDU Schleswig-Holstein für eine weitere Profilbildung des Landes als Wissenschaftsland einsetzen (u.a. durch die Ansiedlung neuer Fraunhofer-Institute und eines Leibniz-Institutes sowie Optimierung der Hochschul-Kooperation in Norddeutschland) und den Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft durch klare Kompetenzen und eine praxisgerechte Ausrichtung stärken. Wir unterstützen Maßnahmen für Ausbildung und Qualifizierung, damit die Betriebe auch zukünftig ausreichend Fachkräfte in Schleswig-Holstein finden.

Tourismus

Schleswig-Holsteins Profil stärken

Das Profil des Tourismusstandortes Schleswig-Holstein ist durch die Umsetzung der neuen Tourismus-Strategie des Landes deutlich verbessert und auf Zielgruppen ausgerichtet worden. Dieser Prozess muss gemeinsam mit allen Beteiligten weiter vorangetrieben werden, um die Wertschöpfung aus dem Tourismus weiter zu erhöhen. Touristische Infrastruktur und lokale Strukturen sind zu optimieren. Die CDU Schleswig-Holstein räumt Qualität und Qualifizierung im Tourismus höchste Priorität ein, um im Wettbewerb mit anderen

Tourismusregionen punkten zu können. Die Förderprogramme des Landes sind langfristig auszurichten und im Wirtschaftsministerium zu koordinieren. Neben der Förderung gewerblicher Tourismus-Betriebe sollen auch die Anbieter privater Ferienquartiere mit Blick auf Qualitätsverbesserungen positiv begleitet und ihre Interessen vertreten werden.

Die CDU Schleswig-Holstein setzt im Marketing insbesondere auf die beiden Tourismus-Destinationen Nordsee und Ostsee mit ihrer hohen Anziehungskraft und auf den Binnenlandtourismus mit seinem besonderen Marktsegment. Im Interesse eines starken Marktauftrittes ist es erforderlich, gemeinsam mit allen Beteiligten regionale Kooperationen im Tourismus zu unterstützen.

Verkehr

Infrastruktur weiter ausbauen als Standortfaktor der Zukunft

Eine gute Infrastruktur hat für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein eine herausragende Bedeutung. Wir bekennen uns ausdrücklich zum weiteren Ausbau der Straßen-, Schienen- und Wasserstraßen-Infrastruktur in Schleswig-Holstein, um die Marktposition der Unternehmen im Lande und die Erreichbarkeit des Tourismuslandes Schleswig-Holstein zu verbessern sowie Schleswig-Holsteins Brückenfunktion im Ostseeraum stärker zu nutzen.

Zentrales Verkehrsprojekt ist neben dem konsequenten Weiterbau der A 20 mit der westlichen Elbquerung die feste Fehmarn-Beltquerung mit den notwendigen Hinterlandanbindungen. Zur Stärkung der Nord-Süd-Verkehre setzen wir uns ein für einen Ausbau der B 5 bis nach Dänemark (zur weiteren Entwicklung des Industriestandortes Region Unterelbe insbesondere Ausbau der B 5 zwischen Itzehoe und Brunsbüttel; der Bau einer Autobahn von Heide bis ins dänische Esbjerg ist langfristig vorzusehen) und den sechsspurigen Ausbau der A 7. Dem Ausbau der B 404 von Kiel bis Geesthacht zur A 21 kommt auch mit Blick auf die Fehmarn-Beltquerung eine hohe Bedeutung zu. Die geplanten Ortsumgehungsstraßen sind zügig und zeitnah zu realisieren. Langfristig bleibt auch eine Elbquerung östlich von Hamburg auf der Tagesordnung. Die Ost-West-Verbindungen (B 203, B 202, Nordumfahrung Rendsburg) sind auszubauen.

Maritime Wirtschaft und Infrastruktur

Der Maritimen Wirtschaft kommt gerade in Schleswig-Holstein eine besondere Rolle zu. Wir setzen uns daher für den bedarfsgerechten Ausbau der Häfen Kiel, Lübeck und Brunsbüttel mit den notwendigen Hinterlandanbindungen ein. Wir fordern den notwendigen raschen Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals und setzen uns ein für die Fahrrinnenanpassung der Elbe bei Gewährleistung der Deichsicherheit sowie den Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals. Die maritime Wirtschaft in Schleswig-Holstein ist zudem ein Impulsgeber für Forschung und Technologie. Wir unterstützen daher die Aktivitäten im Rahmen des Exzellenzclusters „Ozean der Zukunft“ und die Förderung maritimer Zukunftstechnologien.

Luftfahrtstandort Schleswig-Holstein/Hamburg

Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt ein gemeinsames Flughafenverkehrskonzept mit Hamburg unter Einbindung des Flughafens Lübeck und unterstützt die von privaten Investoren geplante zivile Mitnutzung des Militärflughafens Jagel. Mit Hamburg abgestimmte Planungen für einen Flughafen Kaltenkirchen sind mit Blick auf die Verkehrsentwicklung bereits heute anzugehen.

Leistungsfähiger Schienenverkehr

Im Schienenverkehr gilt es, das Netz mit Blick auf steigende Personen- und Güterverkehre weiter leistungsfähig auszubauen und weitere Streckenabschnitte zu elektrifizieren und zu ertüchtigen. Engpässe (Elmshorn-Pinneberg, Hamburg-Ahrensburg) sind zu beseitigen. Planungstechnisch zu erfassen ist außerdem ein den Erfordernissen angepasster Ausbau der Schienenanbindung des Industriestandortes Brunsbüttel, ein Drei-Achsen-Konzept soll dem Schienenpersonennahverkehr in der Metropolregion neue Impulse geben und den Flughafen Hamburg auch nach Norden anbinden.

Energie

Sichere und bezahlbare Versorgung als Standortfaktor

Die sichere, wettbewerbsfähige und klimaschutzorientierte Versorgung Schleswig-Holsteins mit Energie ist eine Kernvoraussetzung für das weitere Wachstum des Wirtschaftsstandortes. Im Interesse einer sicheren Versorgung und bezahlbarer Energiepreise bekennen wir uns ausdrücklich zum Energiemix auf Basis fossiler Rohstoffe, Kernenergie und regenerativer Energien. Die CDU Schleswig-Holstein bekennt sich ausdrücklich zu

mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten. Deshalb kommt gerade den kommunalen Versorgern eine immer wichtigere Rolle zu. Ihre Position muss gestärkt werden!

Die Kernenergie ist ein notwendiger Baustein eines unabhängigen, versorgungssicheren Energiemixes und trägt zur CO₂-Vermeidung bei. Wir treten dafür ein, Kraftwerkskapazitäten in Schleswig-Holstein, die auch einen Beitrag zum Wirtschaftswachstum und zur Erhaltung von Arbeitsplätzen leisten, durch Laufzeitverlängerungen auszuschöpfen bzw. alternativ als Ersatz auch neue Kohlekraftwerke mit besserer Energieeffizienz zu bauen; dabei sollen auch die hochtechnologischen Möglichkeiten zur CO₂-Abscheidung aus Kohlekraftwerken genutzt werden.

Erneuerbare Energien – in Schleswig-Holstein besonders die Windenergie - leisten einen Beitrag zur Vermeidung von Treibhausgasen und sind zu einem wichtigen Wirtschaftsbereich in Schleswig-Holstein geworden. Ihr Ausbau wird unter Beachtung wirtschaftlicher Aspekte unterstützt.

Energieerzeugungstechnologien der Zukunft müssen und werden wesentlich anders aussehen als heute. Die limitierte Rohstoffsituation und der Klimaschutz erfordern daher eine schnelle und effektive Erforschung und Entwicklung neuer Techniken.

V. Umwelt

Unsere Umweltpolitik muss die nachhaltige Grundlage dafür sein, im Einklang mit einer Stärkung des Wachstums und der Modernisierung des Wirtschaftsstandortes Schleswig-Holstein gleichzeitig die Schöpfung zu bewahren. Durch Innovationen und technischen Fortschritt im Umweltbereich wollen wir Arbeitsplätze und Wachstum in Industrie und Landwirtschaft, Dienstleistung und Handwerk schaffen. Den mit der Novellierung der Landesumweltgesetze eingeschlagenen Weg, bürokratische Hemmnisse zu vermeiden und Verfahrenszeiten zu verkürzen, gehen wir konsequent weiter. Dabei greifen wir auch auf den Rat externer Sachverständiger zurück.

Klimaschutz und erneuerbare Energien

Ressourcenschonung, Energieeffizienz und Klimaschutz sind entscheidende Inhalte einer neuen Ausrichtung der Energiepolitik. Wir wollen neben der modernen Kraftwerkstechnologie auch die Potentiale zur Erzeugung regenerativer Energien in Schleswig-Holstein ausschöpfen und dabei gerade die Chancen der Windenergie Offshore und Onshore in Schleswig-Holstein nutzen. Schleswig-Holstein hat mit diesem Energiemix die Möglichkeit, Energie-Export-Standort in Deutschland zu werden.

Wir brauchen erneuerbare Energien, um dem Klimawandel wirksam entgegen zu treten. Durch den Aufbau regionaler Kreisläufe stärken sie zugleich die regionale Wirtschaft. Erneuerbare Energien sind nachhaltig im besten Sinn. Die heutige Technik bleibt bei aller Kritik im Einzelnen ein notwendiger Zwischenschritt für die Weiterentwicklung. Mehr Effizienz in Bezug auf Klimarelevanz und Wirtschaftlichkeit ist das Ziel. Eine Förderung bleibt notwendig.

Offen für fortschrittliche, innovative Technologien

Wir müssen auch in Schleswig-Holstein die weltweite Flächenkonkurrenz um Nahrungsmittel, Energiepflanzen und naturnahe Räume vor dem Hintergrund einer weiter rasch wachsenden Bevölkerung berücksichtigen. Gerade in unserem Bundesland hat dabei der Beitrag zur Welternährung Vorrang, weil hier die Produktionsbedingungen besser sind als in den meisten anderen Regionen. Um trotzdem ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Produktions- und Naturflächen erreichen zu können, werden wir uns für die nachhaltige Produktion nachwachsender Rohstoffe einsetzen, der Verwendung von Reststoffen und

Rohstoffen mit hohem Potenzial zur Treibhausgasreduzierung wie z.B. nachwachsenden Hölzern den Vorrang einräumen, sowie den Einsatz von Gentechnik zur Bioenergieversorgung fördern.

Umwelt - und Naturschutz miteinander durchführen

Ziel der CDU-Politik ist eine nachhaltige Entwicklung, die Umweltbelange, wirtschaftliche Entwicklung für den Arbeitsmarkt und soziale Folgen gleichrangig behandelt. Dabei setzt unsere Umweltpolitik auf Kooperation mit Kommunen, Bürgern, Landwirten und Waldbesitzern. Wirksamer Naturschutz ist nur mit den Beteiligten erfolgreich durchsetzbar. Das Ordnungsrecht hilft nur gegen Unbelehrbare. Daher werden wir den Vertragsnaturschutz ausweiten und stärken und dieses Instrument auch im Gewässerschutz zum Einsatz bringen. Das gegenwärtige Netz der Schutzgebiete und des Biotopverbundes werden wir weiterentwickeln.

Klima- und Artenschutz

Klima- und Artenschutz sind Kernziele unserer Politik. Gemeinsam müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, durch Reduzierung der Treibhausgasemissionen die Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen. Das bedeutet in erster Linie: Energie einsparen, Energie effizienter nutzen und den Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix ausbauen.

Klimawandel managen

Die Landwirtschaft hat wirkungsvolle Instrumente, um dem Klimawandel entgegen zu steuern. Diese müssen marktfähig gemacht werden, damit sie zu akzeptablen Preisen bereitgestellt werden. Die Landwirtschaft leidet zugleich unter den Folgen des Klimawandels. Sie wird sich an neue Rahmenbedingungen anpassen. Die Politik muss sie dabei unterstützen.

Wir wollen die heimischen Tier- und Pflanzenarten in ihren natürlichen Lebensräumen auch für zukünftige Generationen erhalten. Das gilt insbesondere für bislang noch unberührte Naturräume, wie zum Beispiel das Wattenmeer und die im Land vorhandenen Truppenübungsplätze. Da es trotz umfänglicher Bemühungen bislang noch nicht gelungen ist, den Artenrückgang zu stoppen, werden wir mit allen beteiligten Institutionen ein landesweites Artenschutzprogramm entwickeln. Um neue Lebensräume zu schaffen und beste-

hende zu sichern, bedarf es zudem eines landesweiten modernen Flächenmanagements. Die sog. Ökokontoverordnung ist hierzu ein erster Schritt.

Förderung des Ehrenamtes und intensive Umweltbildung

Auch die Förderung ehrenamtlichen Engagements im Umwelt- und Naturschutz steht im Zentrum unserer Politik. Ehrenamtliche Helfer in ihrem Engagement zu fördern und zu unterstützen ist ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Insbesondere den Praktikern in diesem Bereich, aber auch allen anderen Bürgern, wollen wir zeitgemäße Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote anbieten.

Wir sehen Bildung als eine der wichtigsten Grundlagen für die Implementierung einer Nachhaltigkeitsstrategie an. Bildung zur Nachhaltigkeit bedeutet auch, stärker als bisher in globalen Zusammenhängen zu denken sowie umweltverträglich und sozial handeln zu lernen. Die CDU Schleswig-Holstein wird sich daher dafür einsetzen, Kenntnissen über unsere heimische Umwelt, die Vorgänge in der Natur, die Sicherung ihrer Vielfalt und die Leistungsfähigkeit der Naturhaushalte einen hohen Stellenwert in den Schulen und der Erwachsenenbildung einzuräumen.

VI. Agrarpolitik

Raumplanung im ländlichen Raum (Abwanderung/Strukturwandel)

Der ländliche Raum lebt! Er ist wirtschaftlich stabil, sozial ausgeglichen, weist eine hohe Lerneffizienz auf und ist ein Pool enormer Kreativität und großen Engagements der Bürger. Grundlage seiner Stärken ist die „bäuerliche Atmosphäre“ des ländlichen Raums.

Die CDU steht für landwirtschaftliche Qualitätsproduktion zu bezahlbaren Preisen. Daher brauchen wir auf dem Land eine flächendeckende, wettbewerbsfähige Landwirtschaft, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Impulse gibt. Vor allem der Wert der Tierhaltung reicht weit über die reine Fleisch- oder Milchproduktion hinaus. Die Landwirtschaft bringt Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze aufs Land, hält den ländlichen Raum lebendig, pflegt ihn und sichert die Eigenversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Die Demografie wirkt auch im ländlichen Raum und wird auch hier längerfristig zu einer gewissen Entleerung führen. Wanderungsbewegungen sollten vorrangig die persönliche Entscheidung und Präferenz der Bürger zum Maßstab nehmen. Diese Wahlfreiheit setzt die Aufrechterhaltung einer angemessenen Infrastruktur voraus.

Die Landesentwicklung muss so flexibel gestaltet werden, dass dem ländlichen Raum weiterhin Entwicklungschancen ermöglicht werden.

Health Check

Die Agrarreform ist bis 2013 festgeschrieben. Wesentliche Änderungen der Politik verbieten sich bis dahin, damit die Betriebe sich planvoll auf die Zeit danach einstellen können. Vertrauen und Verlässlichkeit der politischen Aussagen sind für Wirtschaftsbetriebe mit langfristigen Investitionsintervallen wesentliche Erfolgsfaktoren.

Nach 2013: Direktzahlungen erhalten und Marktchancen ausbauen

Hohe Auflagen und damit Produktionskosten in Europa verhindern, dass heimische Landwirte zu Weltmarktpreisen konkurrieren können. EU-Direktzahlungen sind daher weniger eine Subvention als vielmehr ein notwendiges Regulativ für die Betriebe und ein Teilausgleich für hohe Auflagen und Standards.

Nur wenn die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Landwirtschaft erhalten wird, kann sie ihre Marktchancen weltweit nutzen. Diese liegen vor allem im hochqualitativen und innovativen Nahrungsmittelbereich. Dazu muss die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Marktchancen nutzen durch Beenden der Milchquotenregelung

Die Europäische Union hat beschlossen, die Milchwirtschaft zu liberalisieren und in den Markt zu überführen. Dazu wird die Milchmengenbegrenzung im Jahr 2015 auslaufen. Natürlich ist dieser Weg auch auf Seiten der Erzeuger mit Schwierigkeiten und Ängsten behaftet. Es muss daher darum gehen, Erzeuger sowie Meiereien in die Lage zu versetzen, die Chancen des Marktes zu nutzen, um die Marktrisiken entsprechend abfedern zu können. Die Voraussetzung dafür ist, dass keine wie auch immer geartete produktionsverteuernde Mengenbegrenzungen die Nachfolge der Quotenregelung antreten. Vielmehr müssen Betriebe aus einer milchwirtschaftlichen Gunstregion wie Schleswig-Holstein in die Lage versetzt werden, die Kostenführerschaft in der Milcherzeugung zu übernehmen.

Multifunktionalität – Kulturlandschaft erhalten und ländlichen Raum stärken

Gemeinsam ist der ländliche Raum stark. Gemeinsamkeit ist zugleich die Stärke des ländlichen Raums. Die Stabilität des ländlichen Raums in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ist vergleichsweise höher als in Ballungsräumen. Die Biodiversität der Kulturlandschaft ist höher als die eines reinen Naturraums. Die kulturelle Vielfalt Deutschlands wird auf dem Land deutlich.

Für viele ist der von der Landwirtschaft gepflegte ländliche Raum Heimat im besten Sinn. Der Erhalt einer prosperierenden Landwirtschaft bleibt daher eine gesellschaftspolitische Aufgabe.

Diversifizierung stärken

Die Landwirtschaft ist die breiteste Basis für wirtschaftliche Unternehmungen auf dem Land. Die Landwirtschaft braucht neben der Produktion von Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen die Chance, sich wirtschaftlich in außerlandwirtschaftliche Erwerbsquellen auszudehnen, um ihr Einkommen zu stabilisieren. Aus politischer Sicht ist dies zu fördern. Denn es ist allemal leichter, vorhandene Potenziale zu stärken, als neue zu schaffen.

Grüne Gentechnik

Die CDU setzt sich für einen realistischen zukunftsorientierten Umgang mit der grünen Gentechnik ein. Obwohl keine negativen Folgen eines Einsatzes der Gentechnik nachzuweisen sind, lehnt ein Großteil der Verbraucher den Einsatz in Nahrungsmitteln ab. Mit unseren europäischen Nachbarn haben wir uns daher zur Koexistenz bekannt. Für den Erfolg der alternativen Bioenergie kommt der grünen Gentechnik jedoch eine Schlüsselrolle zu. Andererseits benötigt die konventionelle und ökologische Landwirtschaft Existenzsichernde Spielregeln, die auch den drohenden Engpass bei Proteinfuttermitteln berücksichtigt. Die Einführung von Toleranzschwellen und die Beschleunigung wissenschaftlicher Zulassungsverfahren sind daher genau so Ziel unserer Politik, wie klare Abstands- und Schadensersatzregeln zu Gewährleistung der Koexistenz.

Eigentum in privater Hand

Die breite Streuung von Eigentum ist und bleibt eine Kernforderung der CDU. Eigentum ist ein Leistungsanreiz und fördert das Denken in Generationen. Es ist Garant der Freiheit und der Selbständigkeit. Landwirtschaft braucht eine gesicherte und stabile Grundlage, um bei stärker schwankenden Märkten auch in Zukunft Preistäler durchstehen zu können. Die notwendige Sozialpflichtigkeit des Eigentums darf den Erwerb und Besitz von Eigentum nicht unattraktiv machen. Die in diesem Rahmen im Interesse des Gemeinwohls erfolgenden Beschränkungen des Eigentums müssen honoriert werden.

Umwelt und Wirtschaft miteinander verbinden

Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung müssen in Einklang miteinander gebracht werden. Die wachsende Bedeutung der Ernährungssicherstellung erfordert, dass der Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzfläche für andere Zwecke auf ein Mindestmaß reduziert wird. Dies gilt für den industriellen und verkehrlichen Flächenverbrauch genauso wie für die Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffs-/ Ausgleichsregelung. Durch eine Reaktivierung industrieller Brachflächen und intelligente Verdichtung bestehender Flächennutzung wollen wir den weiteren Verbrauch beschränken. Neu verbrauchte Fläche muss real ausgeglichen werden, allerdings sollte der räumliche Ersatz durch Flächen aus dem Öko-Konto dem ortsnahen Ausgleich gleichgestellt werden. Dem Vertragsnaturschutz ist Vorrang einzuräumen, auch um mehr Naturschutz in Kombination mit land- und forstwirtschaftlicher Nutzung zu ermöglichen.

Ökolandbau

Der Ökolandbau ist eine Produktionsrichtung, die sich immer mehr am Markt durchsetzt. Eine Förderung erscheint für die Umstellungsphase jedoch nötig. Ziel ist es, im bundeseinheitlichen Vorgehen die Dauerförderung in Form der Beibehaltungszahlung abzuschaffen.

VII. Innere Sicherheit und Justiz

Innere Sicherheit

Grundsätze

Die Gewährleistung der Freiheitsrechte für die Menschen in unserem Land gelingt uns durch professionell gestaltete Sicherheit. Wir setzen uns für eine moderne, an den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen orientierte Sicherheitsarbeit von Polizei und Verfassungsschutz ein.

Die CDU gewährleistet die sichere Balance zwischen Sicherheits- und Freiheitsrechten. Mit Richtervorbehalten und strafprozessualen Verfahrensregeln gewährleisten wir die notwendige Kontrolle und Transparenz auch beim Vorgehen in sensiblen Bereichen. Die Entwicklung zu einem Überwachungsstaat ist mit der CDU ausgeschlossen.

Innere Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Ausschließlich der Staat und seine Einrichtungen sind für die innere Sicherheit im öffentlichen Raum verantwortlich und üben das Gewaltmonopol aus. Innere Sicherheit ist für die Lebensqualität der Menschen in einem Land ein hohes Gut, sie ist zugleich auch ein Standortfaktor von großer Bedeutung. Dabei geht es sowohl um die objektive wie auch um die subjektiv empfundene Sicherheit.

Effizienz der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr

Strafverfolgung und Gefahrenabwehr werden auch zukünftig ein wesentlicher Bestandteil staatlichen Handelns sein. Dazu bedarf es leistungsfähiger Landesbehörden mit effizienten Strukturen und einer internen Vernetzung.

Innere Sicherheit ist in Schleswig-Holstein nicht denkbar ohne die engagierte Arbeit der Polizistinnen und Polizisten. Die Wertschätzung für diese polizeiliche Arbeit ist uns Verpflichtung. Zielsetzung bleibt es für den Bereich der Landespolizei langfristig und nachhaltig wirkende Strukturplanungen zu erarbeiten. Sicherheit, Verlässlichkeit und klare Perspektiven für die Beschäftigten sollen dazu im Vordergrund stehen. Unverzichtbare Bestandteile sind das Leistungsprinzip und die Spezialisierung, die mit einer zentralen Personalsteuerung einhergehen müssen.

Internationalisierung, gesellschaftlicher Wandel und neue Techniken erfordern von den Strafverfolgungsbehörden flexibles Handeln und hohe Anpassungsfähigkeit. Dies kann nur mit motivierten und gut ausgebildeten Mitarbeitern gelingen. Unverzichtbare Bestandteile einer erfolgreichen Personalführung in diesen Bereichen sind das Berufsbeamtentum, das Leitungsprinzip und die Spezialisierung.

Gewährleistung der Inneren Sicherheit als generationenübergreifende Herausforderung

Lebensleistung und soziales Engagement unserer Seniorinnen und Senioren verdienen Beachtung und Anerkennung. Ältere Menschen bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben angemessen vor Straftaten zu schützen, muss daher ein wesentlicher Schwerpunkt der Kriminalitätsbekämpfung sein.

Die Zukunft gehört der jungen Generation. Junge Menschen sollen lernen, dass ein gedeihliches Miteinander nur möglich ist, wenn Regeln eingehalten werden. Es gilt daher, Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender schnell und konsequent zu ahnden.

Prävention

Die Prävention ist mehr als die sichtbare Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit. Obwohl in erster Linie die soziale Kompetenz in der Familie vermittelt wird, muss auch die Polizei den elterlichen Erziehungsauftrag durch polizeiliche Vorbeugung ergänzen. Dabei wird die Polizei als Staatsautorität mit den Möglichkeiten des sofortigen Vollzugs wahrgenommen. Die Polizei nimmt in der Akzeptanz eine verlässliche Sonderrolle ein.

Die Polizei muss im sozialen Nahraum die Kriminalitätsbekämpfung und die Maßnahmen zur Verkehrsunfallverhütung mit ortsgebundenen Kräften bündeln, um eine individuelle Betreuung der Bürger zu gewährleisten und um erkennbare Problemstellungen in kommunalen Netzwerken zu lösen. In den einzelnen Regionen sollen qualifizierte Präventionsbeamte Ansprechpartner für Jung und Alt werden, um insbesondere an sozialen Brennpunkten die objektive und subjektive Sicherheit zu erhöhen.

Internationalisierung und Technisierung als besondere Herausforderung bei der Kriminalitätsbekämpfung

Das Zusammenwachsen der europäischen Staaten bietet Wirtschaft und Gesellschaft große Chancen. Durch den Wegfall der Kontrollen an den Staatsgrenzen wird aber auch die organisierte grenzüberschreitende Kriminalität begünstigt. Hier müssen geeignete Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene einen Ausgleich schaffen, um eine nachhaltige Kriminalitätsbekämpfung zu ermöglichen.

Die Möglichkeiten der Kommunikation und der Datenübertragung nehmen rasant zu. Solche Technik wird aber auch von Kriminellen genutzt, um Straftaten zu begehen oder miteinander zu kommunizieren. Die Strafverfolgungsbehörden brauchen deshalb hierfür geeignete Instrumentarien, um die Menschen und die Gesellschaft wirksam vor Gefahren und Straftaten schützen zu können.

Gerade die Kriminalitätsentwicklung im Zusammenhang mit den neuen Medien (Internet) erfordert eine moderne und angepasste Verbrechensbekämpfung. Die in diesem Zusammenhang international agierenden Verbrecher erfordern eine auf internationale Maßstäbe abgestimmte Sicherheitsstrategie. Diesem Bedürfnis werden wir uns auch aus Landessicht nicht verschließen. Professionelle Vorgehensweise geht vor Landesegoismen.

Mediale Standards

Nur eine gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterschaft kann mit einer hohen Anpassungsfähigkeit und mit flexiblem Handeln dem gesellschaftlichen Wandel und den innovativen Techniken begegnen. Die elektronische Datenübermittlung zwischen den Verwaltungsbehörden selbst und zu den Gerichten muss vereinfacht werden, um Verwaltungsabläufe zu straffen und Verfahrenszeiten zu verringern.

Der Zugang für Bürger und Unternehmen zu den Internetportalen des Landes muss ausgebaut werden, um den elektronischen Rechtsverkehr zu beschleunigen. Damit können die Sachbearbeitungen eher begonnen und Entscheidungen schneller herbeigeführt werden. Der Standortfaktor kann in den Regionen dadurch entscheidend gestärkt werden.

Nationale Küstenwache

Schleswig-Holstein als Küstenland ist auf eine funktionierende Küstenwache angewiesen. Deshalb wird die CDU auch zukünftig für eine bundeseinheitliche Küstenwache unter Einbeziehung aller maritimen Komponenten der Polizeien der Länder, der Bundespolizei, des Zolls, der Schifffahrtsverwaltung und der Fischereiaufsicht eintreten.

Beteiligung von Tätern an Verfahrenskosten

Die Verfolgung und Ahndung von Straftaten ist mit erheblichen Kosten verbunden, die von der Gesellschaft zu tragen sind. Daher müssen wir Straftäter stärker als bisher an den Verfahrenskosten beteiligen und die Möglichkeiten zur staatlichen Abschöpfung kriminell erworbener Vermögen weiter verbessern.

Justiz

E-Justice – die Justiz des 21. Jahrhunderts

Unsere Rechtsordnung sichert Freiheit und gewährleistet die Sicherheit unserer Bürger. Recht und Gesetz dienen dem Erhalt und der Sicherung des Rechtsfriedens in unserem Land. Nur eine modern aufgestellte Justiz aber ist in der Lage, Bürgern und Unternehmen im Konfliktfall zügig zu ihrem Recht zu verhelfen und gleichzeitig diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die die Regeln des Zusammenlebens gebrochen haben.

Die Antwort des 21. Jahrhunderts auf diese Herausforderung ist die zügige Entwicklung von E-Justice. Elektronischer Rechtsverkehr, das ist die Kommunikation zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden, Bürgern und Unternehmen mit modernster Informationstechnologie. Justizportale ermöglichen den Bürgern und Unternehmen einen schnellen Zugang zu den Gerichten. Zugleich werden Verwaltungsabläufe gestrafft, Verfahrenszeiten verringern sich. Dies dient zugleich der Stärkung der Wirtschaft, denn eine leistungsstarke und zügig arbeitende Justiz ist auch ein wichtiger Standortfaktor.

Moderne und effiziente Gerichtsbarkeit

Neben der Modernisierung von Gerichten und Staatsanwaltschaften werden wir die Strukturen der Gerichtsbarkeiten auf ihre Effizienz prüfen, sie verbessern und die Gerichtsorganisation optimieren. Zugleich werden wir die außergerichtliche Streitschlichtung stärken.

Dabei werden wir in höchstmöglichem Umfang mit anderen Bundesländern kooperieren, um Synergieeffekte zu nutzen und Kosten zu sparen.

Ein moderner Strafvollzug zum Schutz der Gesellschaft

Ein moderner Strafvollzug setzt darauf, straffällig gewordene Menschen zu resozialisieren und damit die Gesellschaft nicht nur während der Haftverbüßung, sondern auch nach der Entlassung des Strafgefangenen vor weiteren Straftaten zu schützen. Dazu benötigen wir eine ausreichende Anzahl von Haftplätzen, damit Freiheitsstrafen zügig vollstreckt werden können. In unseren Justizvollzugsanstalten muss ein ausreichendes Angebot von Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, um Strafgefangenen die Rückkehr in die Arbeitswelt zu erleichtern. Sicherheitsrisiken durch unzureichende materielle und personelle Ausstattung werden wir beseitigen. Eines unserer wichtigsten Ziele ist es, den Drogenkonsum in den Haftanstalten durch eine Verstärkung der Zugangskontrollen einzudämmen.

Wir werden Strafvollzug durch Hausarrest ersetzen, der durch die „elektronische Fußfessel“ überwacht wird.

Den Opferschutz stärken

Opfer schwerer Kriminalität erleiden nicht nur körperliche, materielle oder seelische Verletzungen, die sie zum Teil über einen langen Zeitraum verfolgen. Auch das Strafverfahren gegen den Täter wirkt auf viele der Opfer belastend. Deshalb werden wir die Rechte der Opfer stärken, dass sie nach der Straftat und während des Strafverfahrens angemessen betreut und begleitet werden. Wichtig ist uns dabei, dass Opfer von Straftaten umfassende Informationen über ihre Rechte im Strafverfahren, über sämtliche Entschädigungsansprüche und alle Hilfseinrichtungen erhalten. Durch die Einrichtung einer „Opferstiftung“ werden wir die Erreichung dieses Ziels gewährleisten.

Das Rechtsbewusstsein stärken

Der Schärfung des Rechtsbewusstseins gerade junger Menschen messen wir einen hohen Stellenwert bei. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass an unseren Schulen das Verständnis für Recht und Justiz nicht nur durch Lehrkräfte, sondern auch durch persönliche Kontakte zwischen der Schülerschaft und Richtern bzw. Staatsanwälten gestärkt wird.

Jugendkriminalität vermeiden und bekämpfen

Jugendliche so zu formen, dass sie nicht straffällig werden, ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei wollen wir Elternhäuser, Schulen, Jugendeinrichtungen, Verbände und Vereine noch stärker unterstützen. Sucht- und Gewaltpräventionsprogramme, Projektstage an Schulen und die konsequente Erziehung von Kindern und Jugendlichen zur friedlichen Konfliktlösung und Gewaltlosigkeit spielen dabei eine wichtige Rolle.

Wir werden Jugendliche zur Mitarbeit in den Jugendabteilungen des Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerks und der Jugendfeuerwehr dadurch ermuntern, dass wir diese Organisationen so unterstützen, dass sie für Jugendliche ein attraktives Angebot schaffen können. Dabei ist es auch ein Ziel, den Mitgliedsanteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Die Präventionsarbeit der Polizei werden wir stärken und sie mit der Arbeit von Schulen und Sozial- und Jugendämtern vernetzen.

Durch eine angemessene Personalausstattung der Jugendämter wollen wir Missstände in Familien frühzeitig erkennen und durch gezielte ambulante Erziehungshilfen überforderte Eltern unterstützen.

Einer Verharmlosung von Kinder- und Jugendkriminalität treten wir entschlossen entgegen. Jugendliche Straftäter müssen durch rasche Verhängung von Erziehungsmaßnahmen oder Jugendstrafe erfahren, dass die Gesellschaft ihr Fehlverhalten nicht hinnimmt. Dies gilt insbesondere für jugendliche Intensivtäter. Wir wollen es erreichen, dass bei 18-21-jährigen Straffälligen die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts zur Regel wird.

Recht muss verständlich sein

Viele Bürger klagen über Normenfülle und unverständlich abgefasste Rechtsvorschriften, die es auch dem Gutwilligen erschweren, sich immer rechtstreu zu verhalten. Deshalb werden wir alle bestehenden Rechtsvorschriften auf ihre Notwendigkeit überprüfen, sie gegebenenfalls aufheben oder aber in allgemeinverständlicher Sprache neu fassen.

Mitglieder der AG Zukunftsprogramm:

Heike Franzen, MdL (Vorsitz)

Johannes Callsen, MdL

Niclas Herbst, MdL

Peter Jensen-Nissen

Ingbert Liebing, MdB

Frank Sauter, MdL

Rasmus Vöge